



Hessische Kreis- und
Stadtelternbeiräte

Landesschülervertretung
LSV Hessen

Landeselternbeirat
von Hessen



November 2012

Gemeinsame Resolution

der hessischen Kreis- und Stadtelternbeiräte, der hessischen
Landesschülervertreter und des
Landeselternbeirats von Hessen

zu G8 / G9



Schnell gelernt ist schnell vergessen **- Nein zur Verkürzung der gymnasialen Mittelstufe! -**

Schon vor der Einführung von G8 in Hessen hatten hessische Elternvertreter, der LEB und die LSV ihre Bedenken bei der geplanten Schulzeitverkürzung der gymnasialen Mittelstufe öffentlich gemacht. Nun erkennt auch die Hessische Landesregierung, dass G8 in dieser Form den Schülerinnen und Schülern nicht zumutbar ist und zahlreiche Probleme mit sich bringt. So sind z. B. viele Schülerinnen und Schüler mit 13/14 Jahren zu jung für einige Bereiche der Berufspraktika in der 9 Klasse. Erhöhter Stress und Leistungsdruck, weniger Zeit für Sport, Naturerfahrung oder Musik in den Vereinen sowie weniger Üben und Einprägen in entspannter Atmosphäre sind prägend für den verkürzten gymnasialen Bildungsgang. Zeit für persönliche Entwicklung und Erfahrung fehlt. Die Hessische Landesregierung möchte mit Änderungen im Hessischen Schulgesetz für Gymnasien hier nachbessern, doch die geplante Wahlfreiheit schafft die Probleme der Verkürzung in der gymnasialen Mittelstufe nicht ab. Schülerinnen und Schülern bleibt durch die langen und intensiven Schultage kaum noch Zeit und Energie, sich außerschulisch zu engagieren.

Gesetze werden schnell geändert, aber werden die Folgen, welche sich nun ergeben, ausreichend bedacht und durchgeplant?

Wir müssen den Schülerinnen und Schülern, den Eltern, den Lehrkräften und auch allen anderen Beteiligten Planungssicherheit und Perspektiven geben. Miteinander bedeutet, aufeinander zugehen und die Bedürfnisse des Partners aufnehmen und akzeptieren.

Die immer früher einsetzende Pubertät treibt viele Schülerinnen und Schüler schon in der Jahrgangsstufe 6 und 7 in eine andere Richtung. Die oft demotivierende Schule steht dann nicht mehr an erster Stelle. Wichtige Prozesse der jugendlichen Persönlichkeitsentwicklung, auf die künftiges Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl gründen, brauchen Raum ohne Druck und Angst. Das Recht auf freie Persönlichkeitsentfaltung sollte durch die Verkürzung in der Mittelstufe niemandem genommen werden! Die Verkürzung in der Sekundarstufe I macht unser Familienleben noch stressiger und erfordert hohe finanzielle Investitionen in Form von Nachhilfe. In Gymnasialnähe finden sich selbst in kleineren Ortschaften häufig 3 verschiedene Nachhilfeinstitute bzw. Sprachschulen um demotivierte, schwächere Schüler vor dem Totalabsturz zu bewahren und schwachbefriedigende zu guten Schülern zu machen.

Die derzeitige Bildungspolitik reduziert das Leben, für das gelernt wird, auf das Erwerbsleben und bietet keinen Raum zum Nachdenken und für die Persönlichkeitsentwicklung benötigten Umwege. Wird in Wahrheit die Möglichkeit auf Bildung nicht stark eingeschränkt?

Mit reinem Idealismus kann keine Motivation aufgebaut werden. Bildung wird benötigt und kostet Geld. Die Investition in Bildung, in unsere Kinder, in die Wählerinnen und Wähler von morgen ist mit Sicherheit die beste Investition in die Zukunft die man sich denken kann. Dies bedeutet aber im Umkehrschluss, wer hier spart, verbaut unserer Jugend die Zukunft.



Fazit: Das Abitur ist ein Reifezeugnis und Reife braucht nun mal Zeit und Ruhe. Dies sollte nun auch die Landesregierung einsehen und die Forderung des Hessischen Landeselternbeirates, der hessischen Elternvertreter und der Hessischen Landesschülervertretung hören.

Diese lautet wie folgt:

Wir fordern die Bereitstellung der finanziellen, sachlichen und personellen Mittel sowie eine sechsjährige Mittelstufe und eine Neugestaltung der Oberstufe, die den individuellen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler gerecht wird und einen flexiblen Bildungsweg möglich macht!

Die Landesregierung wird zudem aufgefordert, entsprechend notwendige Geldmittel und Lehrerstellen für die Umstellung bereit zu stellen. Ansonsten sind schon im Vorhinein alle Anliegen der Umstellung zum Scheitern verurteilt und könnten als Farce wahrgenommen werden.

Unterzeichner:

Landeselternbeirat von Hessen
Kreiselternbeirat Bergstraße
Kreiselternbeirat Darmstadt-Dieburg
Kreiselternbeirat Fulda
Kreiselternbeirat Gießen
Kreiselternbeirat Hersfeld-Rotenburg
Kreiselternbeirat Hochtaunuskreis
Kreiselternbeirat Lahn-Dill-Kreis
Kreiselternbeirat Limburg-Weilburg
Kreiselternbeirat Main-Kinzig-Kreis
Kreiselternbeirat Main-Taunus-Kreis
Kreiselternbeirat Marburg-Biedenkopf
Kreiselternbeirat Odenwaldkreis
Kreiselternbeirat Offenbach
Kreiselternbeirat Schwalm-Eder-Kreis
Kreiselternbeirat Vogelsbergkreis
Kreiselternbeirat Waldeck-Frankenberg
Kreiselternbeirat Werra-Meißner-Kreis
Kreiselternbeirat Wetteraukreis
Kreiselternbeirat Rheingau-Taunus-Kreis
 Stadtelternbeirat Marburg
 Stadtelternbeirat Offenbach
 Stadtelternbeirat Rüsselsheim
 Stadtelternbeirat Wiesbaden
 Stadtelternbeirat Darmstadt
 Stadtelternbeirat Frankfurt
 Stadtelternbeirat Fulda
 Stadtelternbeirat Gießen
 Stadtelternbeirat Hanau
 Stadtelternbeirat Kassel

Landesschülervertretung Hessen
Kreisschülerrat Bergstraße
Kreisschülerrat Darmstadt-Dieburg
Kreisschülerrat Main-Taunus-Kreis
Kreisschülerrat Marburg-Biedenkopf
Kreisschülerrat Odenwaldkreis
Kreisschülerrat Hersfeld-Rotenburg
Kreisschülerrat Kassel
Kreisschülerrat Lahn-Dill-Kreis
Kreisschülerrat Main-Kinzig-Kreis
Kreisschülerrat Limburg-Weilburg
Kreiselternbeirat Rheingau-Taunus-Kreis
Kreisschülerrat Waldeck-Frankenberg
Kreisschülerrat Wetteraukreis
Kreisschülerrat Offenbach
Kreisschülerrat Schwalm-Eder-Kreis
Stadtschülerrat Darmstadt
Stadtschülerrat Frankfurt
Stadtschülerrat Fulda
Stadtschülerrat Hanau
Stadtschülerrat Kassel
Stadtschülerrat Offenbach
Stadtschülerrat Wiesbaden